

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erstausgabe
täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insetionspreis:
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Voten, sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

N 44.

Mittwoch, den 23. Februar

1910.

Aufgebot.

Das unterzeichnete Gericht erläßt auf Antrag des Waldarbeiters August Fried-
rich Hermann Unger in Sofa zum Zwecke der Todeserklärung des am 18. August
1859 zu Sofa als Sohn des Bergarbeiters Carl August Unger geborenen gelehrten Bäckers
Johann August Unger, der 1879 oder 1887 nach den Vereinigten Staaten von Nord-
amerika ausgewandert ist und nach der letzten Nachricht sich im Jahre 1889 in Corsicana im
Staate Texas aufgehalten hat, dieses Aufgebot.

Als Aufgebotstermin wird

der 1. Oktober 1910, vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte bestimmt.

Es ergeht die Aufforderung

1) an den Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls
die Todeserklärung erfolgen wird.

2) an alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu geben ver-
mögen, spätestens im Aufgebotstermin dem Gerichte Anzeige zu machen.

Eibenstock, den 20. Februar 1910.

Königliches Amtsgericht.

Auf Grund von § 1 des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Stadt und Land, vom
10. März 1909, werden **Reklamezeichen aller Art, sowie sonstige Aufschriften,
Anschläge, Abbildungen, Bemalungen, Schaufäden und dergl.,** die geeignet
sind, Straßen, Plätze oder einzelne Bauwerke oder das Ortsbild oder das Landschaftsbild
zu verunstalten, hiermit **verboten.**

Den Interessenten wird deshalb geraten, vor Anbringung von auffälligen Reklame-
zeichen und dergleichen an Ratshofstelle Erkundigung einzuholen, ob ihrem Vorhaben Bedenken
begegnen.

Stadtrat Eibenstock, den 19. Februar 1910.

Hesse.

Die Lage in England.

Am Montag ist das englische Parlament offiziell durch den König eröffnet worden, nachdem es bereits mehrere Sitzungen abgehalten hat, die jedoch lediglich geschäftlichen Zwecken galten. Das Unterhaus hat diesmal ein wesentlich anderes Aussehen, als das frühere, und zwar trägt es ein für die Regierung keineswegs allzu freundliches Gesicht, nachdem das Kabinett gerade gehofft hatte, bei den Neuwahlen eine noch größere Mehrheit zu erzielen. Man hatte damit gerechnet, daß der Kampf gegen das Oberhaus und die Besteuerung der Großgrundbesitzer eine ergiebige Wahlparole sein würde, man hat sich darin aber gründlich getäuscht, die konservative Opposition wußte den Schlag sehr geschickt zu parieren, indem sie das nationale Moment in die Waagschale warf. Die liberale Regierung wurde beschuldigt, für die Wehrkraft des Landes durch Vernachlässigung der Flottenverstärkung nicht ausreichend zu sorgen. Die unionistische Parteirichtung hat ihre Pappenheimer besser gekannt, und so konnten die Konservativen mehr als 100 Sitze erobern. Die Liberalen haben nicht weniger wie 86 Sitze verloren, so daß sie nur noch eine Stimme mehr als die Unionisten besitzen; auch die Arbeiterpartei hat 13 Mandate verloren, ihre Zahl ist von 54 auf 41 zurückgegangen. Das Schicksal des Kabinetts hängt vollständig von den 82 Stimmen der Irländer ab, und diese sind recht unsichere Kantonsisten. Dazu kommt noch, daß im Schoße des Kabinetts selbst Differenzen bestehen, die zwar äußerlich überbrückt sind, aber doch sehr bald wieder losbrechen können. Insbesondere sind es der Kriegsminister Halban und der Minister des Auswärtigen Grey, die nicht mit vollem Herzen die Politik des Premierministers Asquith und des noch radikaleren Schatzkanzlers Lloyd George unterstützen. Die Situation des liberalen Ministeriums ist also eine ziemlich mißliche, zumal auch von der Arbeiterpartei einige Schwierigkeiten gemacht werden. Dieser sowie den Irren liegt lange nicht so viel am Steuergesetz, wie an einer Einschränkung der Berechtigungen des Oberhauses, speziell wegen des Vetorechtes. Wenn beide Parteien nicht ganz sichere Garantien dafür erhalten, daß auch diese Frage in ihrem Sinne gelöst wird, so hat das Kabinett es gründlich mit ihnen verdorben und kann sehr bald seine Koffer packen. Ein Umstand kommt allerdings dem Kabinett insofern zugute, als eine Ablehnung des Budgets neben dem Sturze des liberalen Kabinetts auch einen sogenannten ex lex - Zustand heraufbeschwören würde, der eine schwere Schädigung der Finanzen bedeuten müßte. Diesen Bedenken wird sich die Opposition vielleicht nicht entziehen können, und aus diesem Grunde dem Kabinett wahrscheinlich entgegenkommen zeigen. Eine derartige Zwangslage ruft aber meist recht gemischte Gefühle hervor und kann nimmer dazu dienen, eine sichere Situation zu schaffen, vielmehr hat man unter solchen Umständen mit der Wahrscheinlichkeit einer Verschiebung zu rechnen. Im Hinblick auf die unsichere Situation treten Gerüchte auf, daß die liberale Partei eine Annäherung an die Konservativen erstrebe, indessen dürfte es sich hierbei in der Hauptsache wohl nur um ein leeres Gerücht handeln; denn die Gegensätze sind so groß, und man müßte beiderseits so viel Programmpunkte zurückstellen, wie es keiner der beiden Parteien zugemutet werden könnte. Jahrhunderte lang hat man in England mit zwei maßgebenden Parteien zu rechnen gehabt, welche umschichtig die Geschichte des Landes bestimmten, und bei dem konservativen Sinn der Irländer ist kaum daran zu denken, daß in absehbarer Zeit in dieser Richtung hin eine Aenderung eintreten sollte.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 21. Februar. Die „N. N. Z.“ schreibt offiziell zum Besuche des Grafen Lehrenthal in Berlin: Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen wird am Donnerstag in Berlin eintreffen, um den Besuch zu erwidern, den der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg im vorigen Herbst in Wien abgestattet hat. Als Leiter der politischen Gespräche der uns verbündeten Monarchie ist Graf von Lehrenthal des herzlichsten Empfanges sicher. Die Sympathien, mit denen wir seinem Besuche entgegensehen, werden vertieft durch die frische Erinnerung an Ereignisse von historischer Bedeutung, bei denen sich die Allianz zwischen Oesterreich-Ungarn und dem deutschen Reiche bewährte. In dieser Periode ist dem Grafen von Lehrenthal eine weithin sichtbare Rolle beschieden gewesen. Als furchtloser und unerschütterlicher Befechter der ihm anvertrauten Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie hat er sich einen Ehrenplatz in der Geschichte des Habsburgischen Reiches erworben. Die Pflege der Beziehungen zu Deutschland hat er, alten Traditionen und eigener Ueberzeugung folgend, mit einem Vertrauen behandelt, das ebenso rückhaltlos erwidert wie gegeben wird. Unter diesem Zeichen gegenseitigen Vertrauens wird auch sein Besuch in der deutschen Hauptstadt stehen. Wir begrüßen den ausgezeichneten Staatsmann in Berlin und heißen ihn von Herzen willkommen.

Zum deutschen Botschafter in Madrid an Stelle des verstorbenen Grafen von Lattenbach ist der Prinz Max zu Ratibor und Corch bestimmt, der im 55. Lebensjahre steht, der als Botschaftssekretär in Petersburg, Wien, Konstantinopel, London und Rom tätig war und darauf Gesandter in Weimar wurde, von dort ging er nach Athen und Belgrad und weilte z. B. in Vissabon.

Durch den Tod des Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg wird im Wahlkreise Syd-Johannesburg eine Ergänzung erforderlich. Da der Kreis mit Ausnahme der Legislaturperiode 1875 bis 1878 stets konservativ vertreten und Graf Stolberg auch immer im ersten Wahlgange mit großer Mehrheit gewählt worden war, so kann die Wiederwahl eines konservativen Kandidaten als sicher angesehen werden. — Reichstagsersatzwahlen haben außerdem, wenn das Plenum den Anträgen seiner Wahlprüfungs-Kommission beitrifft, in Ost- und Westfalen für den konservativen Abgeordneten von Kappenberg, in Württemberg-Langensalza für den gleichfalls konservativen Abgeordneten Arnstedt, in Pfalz für den konservativen Abgeordneten Meyer Platzzufinden.

Die Reichswertzuwachssteuer. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin berichtet wird, wird die Reichswertzuwachssteuer, die nach einer Bestimmung der Reichsfinanzreform vom ersten Male 1912 eingeführt sein muß, dem Reichstage noch in dieser Session zu gehen.

Der Biererausschuß der drei freisinnigen Fraktionen des Reichstages hat die Beratungen über das Einigungsprogramm und das Statut endgültig abgeschlossen. Der „Frankf. Ztg.“ zufolge wurden in das Programm noch zur Ergänzung folgende Punkte aufgenommen: Die Erhebung Elsaß-Lothringens zum selbständigen Bundesstaat; Schutz der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten und Lehrer; Gleichberechtigung der Frauen für das aktive und passive Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmanns-

gerichten und den Einrichtungen der Reichsversicherungs-Gesetzgebung. In das Statut wurden folgende Bestimmungen neu aufgenommen: 1. Mitglied der Partei kann sein, wer sich zum Programm bekennt und einen regelmäßigen Beitrag zur Bestreitung der Kosten leistet; 2. Jugendvereine sind Parteivereine mit Mitgliedern unter 25 Jahren, welche sich an die allgemeinen Lokal- oder wo das zweckmäßiger erscheint, an die Bezirksverbände anschließen. In dem ersten geschäftsführenden Ausschusse wird die freisinnige Vereinigung fünf Sitze erhalten, die freisinnige Volkspartei zehn und die Deutsche Volkspartei drei. Der Name ist „Fortschrittliche Volkspartei“.

Es ist Geld im Lande, der beste Beweis dafür ist, in wie flotter Weise die ersten Einzahlungen auf die neuen Anleihen des Reiches und Preußens erfolgt sind. Es wurden bisher 70 Prozent des Gesamtbetrages von 480 Millionen eingezahlt. Gefordert waren nur 40 Prozent.

Oesterreich-Ungarn.

Böhmens Statthalter und der Name „Bismarck“. Der Statthalter Böhmens, Graf Coudenhove, dessen Haltung schon anlässlich der Prager Deutschenhege den berechtigten Unwillen der Deutschen in Böhmen erregte, verbot, wie die „Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland“ berichten, die Bildung eines Vereins „Deutschnationale Jungmannschaft Bismarck“ mit dem Sitz in Arnau unter der Begründung, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen ein unpolitischer Verein keine politische Tendenz haben dürfe, wie sie in dem Namen Bismarck ausgesprochen sei! Jedermann weiß, daß gerade in Oesterreich der Name und die Person Bismarcks längst losgelöst von allem engpolitischen, zeitgeschichtlichem Charakter, das Ideal und die Verkörperung deutschen Nationalbewußtseins, deutscher Treue und Mannhaftigkeit geworden ist, und daher für die Benennung eines dieser Ziele anstrebenden Jugendvereins nichts anderes bedeutet wie etwa für einen Turnverein der Name Zahn oder Friesen. Die Entscheidung des I. I. Statthalters in Böhmen gegen den Schöpfer des Dreibundes wirkt aber noch umso gefährlicher, als in Oesterreich zahlreiche sozialdemokratische Vereine bestehen, die den Namen „Marx“ oder „Lassalle“ unbehindert führen dürfen.

England.

Die Eröffnung des englischen Parlaments. Der König und die Königin begaben sich Montag mittag gegen 1 1/4 Uhr in einem Salawagen und in Begleitung von hohen Hofbeamten vom Buckingham-Palast nach Westminster zur Eröffnung des Parlaments. Truppen bildeten Spalier. Auf dem ganzen Wege bereitete die Menge den Majestäten Ovationen. Um 2 Uhr trafen der König und die Königin im Parlament ein und begaben sich nach dem Oberhaus, wo der König die Thronrede verlas. Kurz vor dem Königszuge waren der Prinz und die Prinzessin von Wales, sowie Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen im Parlamentsgebäude angekommen. Prinz Heinrich von Preußen trug englische Admiralsuniform und hatte seinen Platz links vom Throne in der Nähe der Prinzessin von Wales. Unter den Anwesenden befand sich auch der deutsche Botschafter Graf Wolff-Meternich. — Die Thronrede nennt die Beziehungen Englands zu den auswärtigen Mächten andauernd freundschaftliche und betont die Notwendigkeit einer wesentlichen Erhöhung der Marineausgaben, sowie Anordnungen zur Besserung der gegenwärtigen finanziellen Lage. Sodann erwähnt die Thronrede die ersten, auf wiederholte Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Unterhause und dem Oberhause zurückzuführenden